

Antrag an die 2. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen am 5. 11. 2016 in Eisenberg

EinreicherIn: LandessprecherInnenrat Kommunistische Plattform Thüringen

DIE LINKE bleibt Friedenspartei!

Im Land Thüringen gibt es zwei nicht unbedeutende Standorte der Bundeswehr, das Logistikzentrum in Erfurt, in dem die Auslandseinsätze der Bundeswehr koordiniert werden, und den Truppenübungsplatz in Ohrdruf, gegenwärtig noch Standortübungsplatz für das in Gotha stationierte Aufklärungsbataillon 13. Bei ihrem Besuch am 9. August 2016 in Ohrdruf unterstrich die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Rolle der Aufklärung mit einem klaren Standortbekenntnis. Dafür würden acht Millionen EURO investiert.

Konversion und die vorhandene Nutzungskonzeption der Agrarbetriebe spielen in der öffentlichen Diskussion kaum noch eine Rolle. Darüber hinaus sind in Thüringen noch weitere Standorte der Bundeswehr vorhanden.

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. DIE LINKE als die Friedenspartei in der BRD muss in ihrer öffentlichen Wirksamkeit stärker die Rolle der Bundeswehr als Teil des aggressiven Militärbündnisses der NATO und damit ihre Beteiligung an weltweit geführten Kriegen in den Mittelpunkt stellen.
2. Was Thüringen anbelangt, so ist die Rolle des Logistikzentrums Erfurt und des Truppenübungsplatzes Ohrdruf im besonderen Maße hervorzuheben, da durch ihre Funktion Auslandseinsätze der Bundeswehr weitestgehend mit ermöglicht werden.
3. „Bundeswehr raus aus den Schulen“, diese Aktion muss tagtäglich umgesetzt werden. Der Landesparteitag fordert die Genossinnen und Genossen im Thüringer Bildungsministerium auf, diese Aktion durch konkrete Maßnahmen zu unterstützen.
4. „Tage der Bundeswehr“ wie unlängst auf dem Erfurter Domplatz, so sie nicht verhindert werden können, erfordern unseren aktiven, öffentlichen Protest.
5. Der Ostermarsch 2017 sollte durch alle Kreisverbände der Partei größere Unterstützung erhalten, als dies in den Vorjahren geschah. Vor allem der Marsch zum Truppenübungsplatz Ohrdruf verdient eine hohe Beteiligung von Genossinnen und Genossen, einschließlich derer die in Regierungsverantwortung stehen.

Begründung:

In der Zeit weltweiter Kriege, unter aktiver Teilnahme der Bundeswehr ist es erforderlich, dass wir als die Friedenspartei diesem Treiben unseren Protest und unsere Forderungen nach Abrüstung, den Stop der Waffenexporte und der Auslandseinsätze der Bundeswehr, unter welcher Flagge auch immer, entgegensetzen.

Wir haben als Thüringerinnen und Thüringer dazu unseren konkreten Anteil zu leisten.